

Die Macht der Medien – In Freiheit gleichgeschaltet

Demokratische Journalisten würden es weit von sich weisen, Propagandisten der Staatsmacht zu sein. Sie verstehen sich nicht als Sprachrohr der Regierung, sondern sehen sich im Auftrag der Bürgerschaft unterwegs, die sich über das politische Geschehen ihre eigene Meinung bilden will. Deswegen gebietet ihre journalistische Verantwortung zuvorderst sachliche Information, was für sie gleichbedeutend ist mit: Informationen aus erster Hand. Ihre Artikel und Videoberichte bestehen deswegen zu einem großen Teil aus Stellungnahmen der politisch Zuständigen, in denen die die Notwendigkeit und den guten Sinn ihrer Vorhaben und Maßnahmen erläutern. So erfordert das Ethos der Authentizität, dass Journalisten sich faktisch erst einmal schon zum Sprachrohr der Mächtigen im Land machen. Für Distanz zu den Ansichten der gerade Regierenden sorgt ihr zweites Gebot, das Gebot der ausgewogenen Berichterstattung. Oppositionspolitiker kommen da zu Wort, die erklären, wie schlecht Absichten und Handlungen der aktuell Verantwortlichen sind, wie inkompetent die ihre Ämter ausfüllen und um wie viel besser sie das könnten. Zudem werden Fachleute angeführt, die die beabsichtigten Maßnahmen auf ihre geplante Wirkung hin, aber auch auf die Wirkung auf andere wichtige Güter wie die Wirtschaft, die Familie, den Haushalt, den Euro, die Stabilität einer Region usw. problematisieren. Zuletzt geben Journalisten in Kommentaren ihre eigene Lagebeurteilung kund, in denen sie die von anderen aufgeworfenen Gesichtspunkte gewichten und ergänzen. Die Leistung dieser kritischen Berichterstattung ist bemerkenswert: Im Widerstreit der Ansichten schälen sich die Kriterien heraus, nach denen das politische Geschehen zu beurteilen ist, nämlich das Kriterium des Erfolgs der Macher und das Kriterium des Gelingens ihrer Vorhaben. Insofern täuschen sich Journalisten, wenn sie meinen, dass ihre Kommentierung des politischen Geschehens aus den verschiedensten Blickwinkeln und ihre Verteilung von guten und schlechten Noten an die Politiker nichts mit Propaganda zu tun habe. Denn mit ihrer kritischen Berichterstattung exerzieren sie ihrem Publikum vor, wie kompetent über das politische Geschehen nachzudenken ist, und laden die Regierten dazu ein, sich bei ihrer Urteilsbildung die Sorgen des Staates zu machen, der sie regiert. Die Festlegung der politischen Urteilsbildung der Bürger durch die Presse wird bemerkt und gerne auf eine verkehrte Art kritisiert:

Die Medien manipulierten die Leute, indem sie ihnen was vorlügen, wichtige Informationen vorenthielten und sie so auf die Interessen von Großkonzernen und politischen Parteien einschwörten.

Wenn es so wäre, dass den Lesern nur einfach Unwahrheiten erzählt würden, dann wäre der Spuk schnell erledigt. Die Sache ist vertrackter.

http://www.forumkritik.de/sites_vortrag/medien.html

<https://www.youtube.com/watch?v=UMYXSV5gDYk>

Bremen, 2002, Rolf Röhrig

Einleitung

Von der Macht der Medien soll heute Abend die Rede sein, von der freien Presse, die sich selber als Vierte Gewalt tituliert, um ein bisschen Aufklärung darüber herbeizuführen, was diese Medien – da sind Zeitungen genauso eingeschlossen wie das Fernsehen und der Rundfunk – für eine Rolle spielen. Die ist durchaus nicht so eindeutig wie man das manchmal hört. Alle Welt geht davon aus, dass Medien Macht haben – das merkt man schon an der Namensgebung. Sie nennen sich selber gerne die Vierte Gewalt, neben den drei anderen Parlament, Justiz und Regierung. Und um diese Organe wird in manchen Gegenden dieser Welt ein richtiger Machtkampf ausgefochten und insofern hat das Thema durchaus mit aktuellen politischen Ereignissen zu tun. Vor einiger Zeit gab es auch in unseren Nachrichten hörbar eine Fernseh-Rebellion in Tschechien, da haben Regierende die Chefs der großen Parteien Zeman und Klaus einen Fernsehdirektor abgesetzt, der ihnen zu unbotmäßig war, der öfter mit kritischen Berichten hervorgetreten ist. Den haben sie gegen einen Lakaien ersetzt, von dem sie sich sowas wie eine Hofberichterstattung erwartet haben. Dagegen gab es einen recht breiten Aufstand, Demonstrationen, der Sender wurde von den Redakteuren und ihrem Anhang besetzt. Am Ende hat sich sogar das Staatsoberhaupt Havel eingeschaltet, auf die Seite der Demonstranten geschlagen und dann wurde der Fernsehdirektor wieder zurück in den Ruhestand versetzt. Von Russland hört man ähnliches, da gibt es die sogenannten Oligarchen, Leute, die an zu viel Geld gekommen sind, nachdem die Sowjetunion sich aufgelöst hat. Gussinski ist einer von denen, die häufiger hier genannt werden. Die sind zu so viel Reichtum gekommen, dass sie große Fernsehsender unter anderem mit ihrem Geld aufbauen und damit die Wahlkämpfe von Politikern sponsern, die für sie nach ihrer Auffassung nützlich sind. Dieser NTW-Sender hat z.B. den Wahlkampf von Jelzin medial in diesem Land gesteuert und hat sich weitgehend mit dem neuen Machthaber angelegt. Dieser Sender beharrt darauf, dass die Kräfte, die ihn in der Hand haben - Gussinski und seine Leute -, z.B. im Verein mit diesem großen Gaskonzern Gaz ihre Einnahmen nicht versteuern, Gelder nicht weiterleiten an die Zentralregierung; umgekehrt offenbar einen Sicherheitsdienst von 1000 Menschen unter ihrer Kontrolle haben, die mit Abhöraktionen Politiker in Verruf bringen, die diesen Sender an die Kette legen wollen, bis zuletzt Putin mit seinen Leuten diesen Sender hat besetzen lassen. Das geht schon sehr weit in die Richtung, die man aus der Dritten Welt kennt, wo nach jedem Putsch als Erstes der Fernsehsender besetzt wird und bei den großen Zeitungen der Chefredakteur ausgetauscht wird. Und wenn man das Ganze bezieht auf die hiesigen Verhältnisse, dann wird man diese Art von rüden Sitten bei uns nicht entdecken. Aber dass es da so einen von der Regierung, von der Staatsmacht vorgetragenen Anspruch gibt wie Berichterstattung auszufallen hat, das ist unübersehbar. Es gibt bei uns immer mal wieder vom Bundeskanzler der Bundespräsidenten und anderen hochgestellten Persönlichkeiten eine Medienschelte. Da wird die Presse oder das Fernsehen dafür getadelt, dass sie mit ihren negativen Berichten über den BSE-Skandal oder sonstige Affären am Ende die Bevölkerung in die Staatsverdrossenheit führen, das gehört sich einfach nicht. Da meldet eine Regierung ihr Anrecht auf ein positives Bild in den Medien an, und wenn jemand über die Stränge schlägt, dann reicht bei uns ein leises, aber vernehmliches Räuspern, damit eine Entschuldigung kommt. Wickert hatte sich kürzlich mit einem Vergleich von Bin Laden und Bush versucht, über den sich viel sagen ließe, ob er wohlgeraten oder missraten war. Aber darum ging es nicht, sondern darum, dass dieser Vergleich den Hauptverbündeten Deutschlands im Anti-Terror-Krieg so sehr in

ein terroristisches Licht rückt, dass sich sowas von vornherein in den Medien bei uns verbietet. Also hat Wickert seine Entschuldigung verlesen und damit wahrscheinlich seinen Redaktionsposten gerettet. Es ist also unübersehbar: die Staatsmacht, die Herrschenden haben ein vehementes Interesse daran, Medien so zu besetzen, dass die Berichterstattung zu ihren Gunsten ausfällt. Und warum das so ist, das ist hiesigen Journalisten zumindest dann kein Geheimnis, wenn sie über die Gepflogenheiten auswärts urteilen. Wickert zum Beispiel hat eine interessante Moderation geboten als die Fernsehrebellion in Tschechien in den Tagesthemen gezeigt wurde. Sein Kommentar dazu, warum dieser Parteichef Klaus den Sender mit einer Persönlichkeit besetzt, die nach seinem Geschmack ist, das war für ihn ganz schlicht zu erklären. Klar, hat er gesagt, es geht um die Herrschaft über die Köpfe. Sagt Wickert in den Tagesthemen, der soeben mit diesem öffentlich-rechtlichen Organ 80 Millionen Deutsche beschallt und bezieht offenbart die Bezeichnungen nicht auf sich - dass er soeben im Begriffe zu tun ist, was er den anderen vorwirft – sondern hält das für den Tadel der Sender in einem Ausland, das aktuell in der Kritik steht.

Die Medien werden also als Lenkungsorgan der Staatsmacht geschätzt, das entnehme ich diesen wenigen Hinweise. Andererseits, das steht in einem sehr grellen Kontrast zu einem ganz anders gearteten Urteil, das die Presse von sich selbst pflegt und das vermutlich auch das Gros der Leser über die Presse hat. Und dieses Urteil lautet: die Medienmacht ist - entgegen den wenigen Andeutungen, die ich präsentiert habe - ein unabhängiges Kontrollorgan, gewissermaßen ein Wächter in der Nation, der über allen Parteien und staatlichen Instanzen steht, ja, der sogar eine Kontrollfunktion gegenüber Wirtschaft und Staat wahrnimmt und damit jedes Übel rechtzeitig enttarnt und auf Korrektur drängt. Die Leistungen, die da ins Feld geführt werden, sind bekannt. Da wird mal eine Parteispendenaffäre der CDU aufgedeckt oder eine BSE-Misere in der deutschen und sonstigen europäischen Landwirtschaft entlarvt und damit ein Versagen in der Politik oder Wirtschaft angeprangert. Entgegen dem Ruf, der sich da in diesem Gewerbe hält, ist allerdings die Veröffentlichung solcher Skandale oder Verfehlungen in der Regel überhaupt nicht damit zu verwechseln, dass damit diese Übel beseitigt werden. Die Parteispenden gibt es ja bekanntlich immer noch und das BSE ist auch nicht ausgestorben. Trotzdem, die Presse kann zu Recht darauf verweisen, dass ihre öffentliche Propaganda bei der Enttarnung von Verfehlungen in Politik und Wirtschaft dennoch Wirkung gezeigt hat. Und die Wirkung, auf die sie sich kapriziert, besteht darin, dass sie tatsächlich etliche Karrieren von Politikern, die Erfolgchancen von Parteien oder auch die Führungsposition von Wirtschaftskräften darüber kaputt gemacht hat. Kohl ist ein Opfer der Parteispendenaffäre geworden, wenigstens in der Hinsicht, dass seine Karriere einen Knick bekommen hat. Und der Landwirtschaftsminister der SPD wurde in die Wüste geschickt. Bleiben also unter dem Strich zwei Auffassungen über die Presse und die Medien und die Macht, die mal zur Entscheidung gebracht werden sollen. Was sind sie denn nun? Sind sie, wenn man das öffentlich dokumentierte Interesse von Staaten und Machthabern ernstnimmt, sind sie sowas wie Zugriffsorgane der Staaten auf die Köpfe ihrer Leute, um sie zu lenken? Oder sind sie, wie die zweite Auffassung meint, Kontrollorgane über allen Instanzen und Mächten, um den Bürger vor deren Fehlritten und Verfehlungen zu schützen? - eben durch Publikation aller Veröffentlichungen, aller Verfehlungen, die man in deren Lager ausfindig machen kann. Das möchte ich mal durchdiskutieren in zwei Kapiteln. In einem Ersten möchte ich einen Blick darauf werfen, was überhaupt der Inhalt der Presse und der Medien ist und worin ihre Leistung besteht.

Wie funktionieren die eigentlich? Wie arbeiten die? Und in einem zweiten Kapitel einen Blick darauf werfen, wie die Presse ein Instrument in Politik und Parteienkonkurrenz ist und wie sie dort zum Zug kommt und wie sie eingesetzt wird.

1. Inhalt und Leistung der Medien

Nachricht und Kommentar

Zunächst zum Inhalt und zur Leistung der Medien. Wenn hier im Saal ein verantwortungsbewusster Journalist sitzt, der von mir soeben den Satz vernommen hat: die Presse könnte sowas wie ein Zugriffsinstrument des Staates auf das Denken und Meinen der Menschen sein, dann würden sich so einem verantwortungsbewussten Journalisten die Nackenhaare sträuben. Der ist ganz umgekehrt der Auffassung, dass sein Gewerbe mit Einflussnahme, die sich am Ende sogar Manipulation nennt, überhaupt nichts zu tun hat. Ein Journalist, nach seinem eigenen Selbstverständnis, der will nicht für den Staat die Werbetrommel rühren, der will nicht für diese oder jene Partei agitieren, das hielte der für Manipulation - und wie gesagt bei dem Gedanken würde sich dem das Gefieder sträuben. Die Leistung nach eigenem Selbstverständnis besteht in etwas ganz Anderem, darin nämlich Informationen, so sagt er, beizusteuern, damit sich die Leser ihre eigene Meinung bilden können. Und damit das funktioniert, damit so gearbeitet wird, haben diese Journalisten sich sogar einen Sittenkodex aufgeschrieben, im Deutschen Presserat haben die sich zusammengeschlossen und richtig ein kleines Paragrafenwerk entwickelt wie man zu Werke gehen soll. Und da ist der erste Paragraf: Ein Journalist, der auf sich was hält, der verantwortungsbewusst arbeitet, der muss auf die strikte Trennung von Nachrichten und Kommentaren achten. Hier die objektiven Tatsachen, zu denen man keinen Gramm Meinung hinzufügt, und dort die Welt des subjektiven Meinens, die auch eine eigene Überschrift kriegt: der Kommentar. Im Werbefernsehen wird mit diesen Stereotypen geworben, dieser Werweiß von Focus zum Beispiel „Fakten, Fakten, Fakten“ - der sagt, er pflegt sehr die erste Abteilung und ist damit vor jedem Manipulationsvorwurf gefeit. Die Vermischung beider, Kommentar und Nachricht, das gelte eben als manipulativer Akt, den ein ordentlicher Journalist sich zu verbieten hat. Schauen wir uns also mal an, was die Journalisten leisten, wenn sie sich an ihre eigenen Verfahrensregeln halten, und hier die Welt der Nachrichten pflegen, fein säuberlich Informationen auflisten, und dort, in einer zweiten Sparte, erst mit dem subjektiven Meinen, dem Kommentieren, dem Erörtern ihrer eigenen Meinungen und Standpunkte beginnen wollen.

Nachrichten

Also zur Welt der Nachricht. Selbst wenn in den Nachrichten und in den Schlagzeilen ein Fakt übermittelt wird, selbst dann ist es nicht dasselbe wie wenn ein Stück Realität bekannt gegeben wird. Eine willkürlich herausgegriffene Schlagzeile aus den letzten Monaten: „Engpass in der Rentenkasse“. Das ist die Mitteilung eines Sachverhalts, die nicht zu verwechseln ist mit einem anderen wie „Gestern Regen“. Während die Mitteilung aus dem Wetterbericht „Gestern Regen“ zutreffenderweise sagen kann, hier würde ein Stück Realität vorgefundener Art, so wie es die Laune der Natur oder sonst wer einrichtet, mitgeteilt, so wenig kann sich die andere Schlagzeile auf eben dies berufen, „Engpass in der Rentenkasse“. Rentenkasse, das ist ja immerhin ein in einem finanziellen Verfahren geronnener politischer Beschluss, dass Altersarmut aus Lohnarmut finanziert wird - sodass also die Leute, die 40 Jahre arbeiten waren, deswegen kein Geld haben, schon gar nicht ein Geld, das für das Alter reicht -, finanziert werden soll aus den Abzweigungen

aus dem Lohn der aktiven Arbeiter. Das ist nicht etwas, das man in dieser Welt vorfindet so wie das Wetter von gestern oder morgen, das ist etwas, fast möchte man pathetisch sagen: von Menschenhand Gemachtes. Das haben die so beschlossen und insofern ist das von ihnen Mitgeteilte „Engpass in der Rentenkasse“ eine Diagnose, die schon den Willen bekannt gibt wie man damit umgehen möchte. „Engpass“, dass also das Verhältnis von Zuflüssen und Abflüssen in Bezug auf diese Kasse nicht mehr im Gleichgewicht ist. Das zieht sofort einen nächsten politischen Beschluss nach sich, entweder die Rente zu kürzen und weniger auszuschütten, weil ja weniger aktive Arbeiter in die Rentenkasse einzahlen; oder den Beitrag zu erhöhen, den die Menschen, die aktiv arbeiten, in die Kasse zahlen; oder die Rente zu kürzen und zu sagen: Kümmert euch ein Stückweit selber privat um diese Rente und so fort. Also das ist mein erster Befund: Was da in der Welt der Nachrichten als Übermittlung von Realität, als Mitteilung von Fakten kursiert, ist der Transport, das Weiterreichen von politischen Beschlüssen oder staatlichen Erzeugnissen, nichts Vorgefundenes wie das Wetter. Und weil das so ist zeitigt das eine Konsequenz in diesem Gewerbe. Die Namensgebung dieser sogenannten Fakten, hinter denen sich politische Beschlüsse und Interessen verbergen, die Namensgebung dafür, die ist sehr erfinderisch durch das Hinzufügen von Vor- und Nachsilben, um zu diesen Fakten - die für die politischen Beschlüsse stehen - gleich den gewünschten politischen Beurteilungsmaßstab mitzugeben.

Ein Beispiel, eine Schlagzeile heißt: „Die Lohnnebenkosten wachsen dramatisch“. Allein die Titulierung, das Wort, das hier für ein Fakt genommen wird, „Lohnnebenkosten“, ist bereits das Andienen einer Sichtweise wie jetzt jemand das sehen soll. Dass die Sozialbeiträge, die einen Bestandteil des Lohns ausmachen, gesenkt werden sollen in Deutschland. Mit der Titulierung „Nebenkosten“ wird gesagt: eigentlich gehört das nicht zum Lohn, ist also verzichtbar, kann gekürzt werden.

Saisonarbeitslosigkeit: „Seit Stings Zeiten wächst von November bis Februar am Bau Saisonarbeitslosigkeit“ - auch so ein Attribut, das den Menschen nahelegt: beurteilt das gefälligst so wie wenn das Wetter und nicht die Bauindustrie die Leute arbeitslos macht.

„Unsere Gesundheitsministerin will die Eigenverantwortung im Gesundheitswesen stärken“. Ich sehe das Lächeln auf den Lippen, weil jeder weiß, das ist der Beschluss den Leuten Geld wegzunehmen. Sie müssen entweder ihre Medikamente selber bezahlen oder eine Zusatzversicherung abschließen, weil nur noch das Nötigste versichert wird. Aber wie drücken sie es aus? Sie sagen nicht in ihrer Schlagzeile: Wir nehmen euch zehn Prozent Geld weg. Das Wegnehmen des Geldes wird präsentiert als „Eigenverantwortung“, also Zugewinn an Selbstständigkeit. So soll man das politisch bewerten, was soeben politisch beschlossen wurde, aber wie ein Fakt präsentiert wird. „Eigenverantwortung im Gesundheitswesen wird gestärkt“.

Und in der Abteilung Gewalteinsatz begleitet uns das seit Jahrzehnten, dass jedes Gemetzel als „Friedensmission“ präsentiert wird, ob die Bundeswehr in Mazedonien Ordnung schafft oder in Osttimor oder wo sie noch unterwegs ist, Afghanistan: „Friedensmission“. Es wird einfach nicht gesagt: Die gehen dort hin, um Leute umzuschießen, die sich den politischen Geboten in den Weg stellen. Nein: „Friedensmission“. Dies zusammengenommen bedeutet, dass die Fakten – „Fakten, Fakten, Fakten“ -, die da den Bestandteil der Nachrichten ausmachen, nach journalistischem Selbstverständnis, so etwas wie politische Beschlüsse sind plus noch hinzutretend die politische Bewertung, die der Mensch übernehmen soll, die ihm gleich

von oben mitgereicht wird. Und weil das so ist, gibt es eine merkwürdige Konsequenz daraus.

Diese Fakten, die dort in den Nachrichten verbreitet werden, die werden geschaffen durch das Wort von Politikern, weswegen die manchmal auf sich zeigen und ein Machtwort sprechen wie der Kanzler. Die haben ein Bewusstsein davon, mit dem sie manchmal sogar agitieren, dass ihr Wort nicht dasselbe ist wie meines und dass der Unterschied nicht in der Frage „Wahr oder falsch?“ liegt, sondern in der Frage „Kann er sich kraft Gewalt Geltung verschaffen oder nicht?“ Also: Machtworte sprechen Politiker und weil das so ist, ist es so, dass die Worte, die diese Leute absondern, für das Nachrichtenwesen ganz genauso wertvoll sind wie die Taten, die sie liefern. Was ich damit sagen will, ist das: ein Journalist empfindet es nicht als Verstoß gegen sein journalistisches Ethos, dass nicht nur die Taten dieser politisch Verantwortlichen in den ersten Seiten der Tageszeitung ausstaffiert werden - die Welt der Fakten, der sogenannten -, sondern die sind auch diejenigen, die das große Wort schwingen auf diesen Seiten. Merkel, Stäuber, wer auch immer, keiner sagt - auch wenn sie nur ihre Befindlichkeiten in Bezug auf den Wahlkampf oder die Kandidatenfindung absondern -, keiner sagt: Vorsicht, das könnte ja eine manipulative Vermischung werden, jetzt geben sie plötzlich Meinungen auf Seite eins bekannt, wo doch eigentlich nur Nachrichten hingehören. Ein Leserbrief, von wem auch immer hier, würde das nie schaffen was ein Politiker bloß durch das geäußerte Wort hinbekommt, in den Schlagzeilen vorne unter Nachrichten zu stehen. Dass es um das geht, das merkt man noch am Jargon. Nie ist eine Reporter so stolz als wenn er sagen kann: er berichtet direkt „vor Ort“ und liefert einen Bericht „aus erster Hand“. Das ist der Hinweis darauf, dass je näher an den Lippen des Kanzlers, umso unverfälschter die Realität, die er mitteilt. Und wenn das nicht zu Gebote steht, weil er nicht vorgelassen wird an den Konferenzort, dann erfährt er, was er berichtet, aus „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“. Was sind gewöhnlich gut unterrichtete Kreise? Sind es Menschen, die was von Wirtschaft verstehen oder vom Rechnen oder der Finanzwirtschaft? Jeder weiß es, gut unterrichtete Kreise meint nicht: diese Menschen sind beschlagen und haben schwer was auf dem Kasten, sondern gut unterrichtete Kreise meint: deren Nähe zum Machtzentrum. Deswegen ist völlig klar, wenn das Wort, dass die Politiker in den großen Tageszeitungen schwingen unter „Nachrichten“, auf der Macht gründet, die sie haben, um diesem Wort Geltung zu verschaffen, dann verschwinden Politiker aus den Schlagzeilen sobald sie das Dasein des politischen Frührentners antreten. Schaut sie euch an, Norbert Blüm, er ist jetzt in heiterem Beruferaten untergekommen, aber in den Schlagzeilen nicht mehr. Vielleicht hat sich seine Mitteilsamkeit in Bezug auf das Rentensystem nicht geändert, vielleicht hat er neue Ideen - die interessieren nicht, weil ihnen das Wesentliche fehlt für die Idee: die politische Macht und Einflussnahme. Das ist die Welt der Nachrichten, mit der eine Zeitung aber nicht fertig ist.

Kommentar

Es gibt ja die zweite große Abteilung, die nach ihrem eigenen Dafürhalten die Welt des Kommentars ist. Schon das für sich ist eine Ergebenheitsadresse, das ist ein Respektserweis vor den mitgeteilten Nachrichten, den politischen Beschlüssen der politischen Klasse. Wer zu seinem eigenen Standpunkt, zu seinem eigenen Rasonnement, zum Dafür und Dawieder, eben zu seinem Kommentar sagt: das ist jetzt bloß ein Kommentar, der hat den Respekt damit erbracht vor der anderen, von der Politik ausstaffierten, definierten Welt, die nicht in das Meinen und Kommentieren, sondern die in

den Bereich des Gültigen fällt, über das man nicht redet und rechtet, das gilt. Insofern ist die Titulierung der eigenen Besprechung der Politik als Kommentar eine Ergebnisadressen, das anerkennt ausdrücklich die Politik als die Fakten setzende Macht und nimmt den eigenen Standpunkt dazu als theoretisches und insofern praktisch zunächst einmal folgenloses Räsonieren, entsprechend devot fallen die Kommentare und Techniken aus, die in einer richtig entwickelten freien Presse üblich und an der Tagesordnung sind. Da gibt es Prinzipien wie Journalisten sich nachdenkend dem politischen Tun und Treiben widmen:

Erfolg der politischen Vorhaben:

Ein Prinzip, mit dem sie die Rentenreform genauso beäugen wie den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, heißt: Gelingen die politischen Vorhaben? Klappt das, was die sich vorgenommen haben und umsetzen? Es ist ein Messen der Politik an deren eigenen Maßstäben und Zielen; und nicht - um das mal abzugrenzen - an den Interessen derer, die vielleicht dafür bezahlen müssen, die vielleicht nach Afghanistan gehen müssen und das Gewehr in die Hand nehmen müssen. Also vom Standpunkt der Manövriermasse aus werden diese Taten nicht befragt, sondern vom Standpunkt ihres eigenen Erfolgs. Die Bundeswehr geht nach Afghanistan. Eine wichtige Frage: Reichen überhaupt die Kapazitäten? - das ist eine Standardkritik der Presse. Schaffen wir das gleichzeitig in Mazedonien, dem Kosovo und jetzt in Afghanistan aufzutrupfen? Oder: Eichel legt ein Sparprogramm auf. Da werden manche Leute geschöpft. Die Frage der Presse: Schafft der Mann seine Sparziele? Dass dann Menschen verarmt werden - mit der Ökosteuer -, das rechnen sie in jeder Statistik vor und veröffentlichen es auch noch; dass egal, was mit der Einkommenssteuer passiert, ob sie gesenkt wird oder nicht, allein die Ökosteuer dafür sorgt, dass eine Familie im Monat zwei- bis dreihundert Mark weniger hat, das rechnen sie vor. Also Verarmung ist da gar kein Rätsel außer in einer Hinsicht: Könnte es ein Problem machen?

Gerechtigkeit der politischen Vorhaben:

Das wirft ein zweites Muster auf mit dem Pressekommentare zu Werke gehen. Nach dem Gelingen der staatlichen Vorhaben fragen die, ob diese Vorhaben gerecht sind. Wenn man das bezieht auf das Sparprogramm von Eichel, dann wird eben dort nachgefragt, ob, wenn man den Alten nimmt bei der Rente, dann auch den Jungen entsprechend genommen wird; ob, wenn man den Arbeitern nimmt über die Ökosteuer, vielleicht auch den Reichen entsprechend genommen wird. Und wenn sie dann selber in ihren Kommentaren sich dazu vorarbeiten, dass die wirtschaftliche Vernunft das Wachstum des Geldes - an dem alles hängt - verlangt, dass man den Reichen ein Gutteil ihres Vermögens lässt, damit investiert werden kann, dann muss doch auch mindestens ein irgendwie gearteter symbolischer Beitrag herauspringen, weil sie nämlich noch eine dritte Sorge haben: glaubwürdig. Die Verarmung der Massen für ein Sparprogramm, glaubwürdig muss das auch noch sein.

Glaubwürdigkeit der Politiker:

Sind Politiker bei dem, was sie tun, glaubwürdig? Das ist eine so wichtige Frage, dass ich weiß nicht wie viel Kubikmeter Holz dafür in Papier umgewandelt worden sind. Nachzufragen, ob Scharping auf Mallorca mit seiner neuen Freundin im Pool baden durfte. Es ist ja nichts Erfundenes, es war ein Skandal, der die ganze Nation für Tage und Wochen in Aufruhr versetzt hat. Ist es haltbar, dass dieser Mann mit seiner neuen Frau in

diesem Pool gebadet hat - und die Bilder gehen durch diese Pressevielfalt - und gleichzeitig werden Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan abkommandiert? Was ist daran unglaubwürdig? Was stachelt den an, der fragt: Ist so einer noch glaubwürdig? Wie denkt der? Nicht so nüchtern wie ich. Nüchtern in dem Sinn für die praktische Frage, ob Leute in Afghanistan bei diesem Einsatz verletzt werden oder nicht; ob die Ausrüstung der Bundeswehr stimmt oder nicht; für all diese praktischen Fragen, die man sich stellen kann, ist die andere, ob dieser Mann da im Pool badet und sein Foto erscheint, unerheblich. Mit oder ohne Foto, die Lage in Afghanistan bliebe für die Deutschen, die da jetzt hinmarschieren und schießen sollen, haargenau dieselbe. Was ist also die Verfehlung, die da aufgespürt werden soll? Dass der Mann eine Freundin hat? - Nein. Dass er mit ihr badet? - Nein. Dass es ein Foto davon gibt, dass er mit ihr badet? - Nein. Der Zeitpunkt ist die Verfehlung. Genau zu dem Zeitpunkt, als er die Leute ins Feld schickt, sich selber demonstrativ ablichten zu lassen, bei einem überschäumenden Lebensgenuss, das beschädigt etwas. Was eigentlich? Das verlogene Bild, dass beide, der Kommandierende wie die Kommandierten sich in einem Dienst an der Sache stellen, dass sie beide Diener einer Sache sind. Dieses verlogene Bild von oben und unten beim Kriegseinsatz, das ist berührt, unangenehm berührt, dadurch, dass so demonstrativ der eine auf Lebensgenuss macht, eben auch demonstrativ durch die Veröffentlichung der Bilder, während die anderen womöglich demnächst ihr Leben einbüßen. Das Verlangen nach Glaubwürdigkeit, das will, dass die gute Absicht, die in der Tat der Politiker nicht aufzuspüren ist, dann wenigstens in der Figur, die sie befehligt, verkörpert wird. Deswegen war das Bad beziehungsweise die Veröffentlichung der Fotos ein grober Fehler.

Ein Zwischenfazit: Wenn die Presse so zu Werke geht - ich habe nichts überzeichnet, kein Beispiel erfunden – wenn die Presse so zu Werke geht, nach ihrem eigenen Selbstverständnis - hier die Nachrichten, dort das eigene Kommentieren – präsentiert, dann bringt sie, ganz ohne dass sie von einer staatlichen Instanz dazu abkommandiert werden müsste, eine sehr staatsnützliche Leistung. Das Erste: Sie ist es immerhin, die die Zwecke des Staates, die Vorhaben des Staates, die politischen Beschlüsse der Parteien dem Publikum präsentiert unter der Rubrik Nachrichten wie ein Stück unumstößlicher Realität, so ist das. Das zeugt von einem ganz grundsätzlichen Respekt gegenüber einer Fakten setzenden Staatsgewalt namens Demokratie.

Zweitens: Auf dieser Grundlage beginnt in der Presse in der Abteilung Kommentar ein kritisches Prüfverfahren, und zwar ein Prüfverfahren, das sowohl gegen die Regierung, gegen die Obrigkeit wie auch das Volk kritisch verfahren kann. Bezüglich des politischen Personals sind schon die Kritiken angedeutet, da ist manchmal ein Politiker unfähig wie Merkel etwa, hat einfach für den Geschmack der Journalisten keine Führungskraft. Manchmal ist ein Politiker unglaubwürdig, dafür steht der Bademeister Scharping. Manchmal sind Politiker populistisch, damit meinen die Journalisten, die sind zu halbherzig bei ihren sozialen Einschnitten, die gehen zu wenig gegen die kleinen Leute beim Schröpfen vor - das meint populistisch - und das, weil sie auf den Wahlerfolgen und ihre Pöstchen schielen. Das ist eine Abteilung der Kritik, mit der die Obrigkeit bedacht wird.

Dieselbe Presse bringt auch fertig, das Volk in die Kritik zu stellen. Wenn eine Rentenreform in Deutschland eingeläutet wird, dann kann zum Beispiel die Presse auf die Idee verfallen, dass deswegen so zögerlich verfahren wird bei der Rentenkürzung oder der Umstellung auf die private Rente – die ja erst die Streichung der staatlichen Rente ermöglichen soll -, weil die Leute zu sehr an ihren Besitzständen hängen. Die wollen sich

von ihrem Geld nicht trennen, das ist ein Fehler. Das deutsche Volk ist vielleicht auch bei den Löhnen zu sehr verwöhnt. Da gibt es eine Kritik am Volk. Manchmal aber schneidet das Volk auch gut ab, wenn man unter den Yuppies nachfragt, die alle ihr Geld auf die Seite und die Sparkonten bringen, da hört man des Öfteren, dass die die Abschaffung der umlagefinanzierten Rente schon lange wollen, weil sie für die alten Säcke nicht zahlen wollen, schon gar nicht gestiegene Beiträge. Da sagt die Presse: da sieht man, manchmal ist das Volk weiter als die Regierung.

Presse als ideelle Schattenregierung

Das mal zusammengefasst ist die Presse so etwas wie eine ideelle Schattenregierung. Die ist etwas, die ist ein Organ, das schreibt nicht für die Regierung gegen das Volk, die schreiben auch nicht für das Volk gegen die Regierung, die schreiben mit dem Blickwinkel beide Seiten - die Regierenden manchmal unfähig, manchmal unglaubwürdig, wie das Volk, manchmal hängt es an den Besitzstände, manchmal ist es aber auch opferbereit -, beide Seiten müssen mit ihren Leistungen zusammenwirken, damit die Nation als Ganzes gelingt. Und von dieser übergeordneten Warte aus beäugt die Presse tatsächliche politische Beschlüsse, gewichtet, bewertet sie, macht eigene weitergehende, eben zum Wohle der Nation. Allein diese Optik - auch wenn jetzt kein großes Hurra auf die Kohl- oder Schröder-Regierung folgt -, allein diese Optik ist sowas wie ein Loyalitätsbeweis gegenüber dem ganzen Laden, es wird nämlich die Herrschaft, die der Staat über das Gros der Leserschaft ausübt, in dieser Sichtweise besprochen, aufgefasst wie ein Zusammenwirken von zwei Seiten zum Gelingen eines ganzen Dritten. Das ist die Umdeutung von einer Herrschaft in ein Gemeinschaftswerk, in dem jede Seite einen Beitrag leisten muss, auch einmal zurückstecken muss, damit der Nutzen aller, das Gemeinwohl zustandekommt. Dieses Prinzip, das eint alle Zeitungen. Und in früheren Zeitungen - ich weiß gar nicht, ob es das heute noch gibt beim Weserkurier, in der WAZ, da gibt es das -, da gibt es über der Titelzeile noch eine kleine extra Titelzeile, da steht drin „überparteilich unabhängig“. Und wisst ihr, was der Witz ist? Das stimmt, die sind überparteilich, weil sie so total national parteilich sind. Sie sind wirklich überparteilich in dem Sinn, dass sie nicht für diese oder jene Partei in der Parteienkonkurrenz schreiben. Die Sache, für die sie Partei nehmen, die Nation, die steht wirklich über diesen in der Parteienkonkurrenz beheimateten Vereinen.

Die parteipolitischen Unterschiede, die haben sich zwischen diesen Zeitungen im Laufe der letzten 10 bis 15 Jahre immer mehr verloren und die sind kaum mehr auffindbar. Jeder soll mal überprüfen, wenn er in so einer Wohngemeinschaft oder in so einem Haushalt lebt, wo es zwei verschiedene Zeitungen gibt FAZ oder SZ. Die SZ erkenne ich also letztlich todsicher immer daran, dass man irgendwann über einen Artikel von Heribert Prantl stolpert, das ist so ein Autor, der erlaubt noch ein gewisses Unterscheidungsmerkmal aufzusagen. Der hält immer die Rechtslage, die jetzt verändert werden soll, für den Inbegriff des Fortschrittlichen - bis sie verändert worden ist, dann ist die veränderte Lage der neue Fortschritt, den er gegen den nächsten Angriff verteidigt. Davon abgesehen haben sich die Differenzen dieser Zeitungen ins Methodische verloren. Sicher sehen sie noch unterschiedlich aus, aber es sind wirklich methodische Unterschiede, also solche von der Art: dicke Balken und nackte Mädels auf Seite 1 - da kann man sich sicher sein, das ist die Bild-Zeitung; dünne Balken und Witzigmann-Rezepte in der Beilage, dann ist man wieder in so einer intellektuellen Zeitung, wieder in der SZ gelandet. Ansonsten ließe sich das nicht zuordnen: diese Zeitung ist für die SPD

zuständig, jene für die CDU.

Das wirft also doch mal die Frage auf: Was hat eigentlich der Leser von seiner Zeitung, der muss sie nämlich bezahlen, da sind ja Kosten-Nutzen-Analysen modern. Einem Leser wird nicht die Erklärung staatlicher Vorhaben, Zwecksetzungen geboten, sondern ihre Bekanntgabe angedient, dann weiß er worauf er sich einstellen kann. Die eigenen Sorgen, mit denen so ein Zeitungsleser die Zeitung aufschlägt, die werden mit dieser Zeitung angesprochen und bedient, aber wie? Der Mensch, der die Bild-Zeitung oder die SZ aufschlägt, das ist dafür wirklich gleichgültig, der nicht recht weiß wie er mit seinem Lohn über die Runden kommt, der vielleicht seinen Arbeitsplatz verloren hat, der findet eine Ansprache in der Zeitung. Seine Sorgen mit dem materiellen Auskommen, die werden übersetzt in ein Problem, das die Nation hat. „Arbeitslos“ - ganz klar, da weiß jede Zeitung, was da fehlt: Wachstum in dieser Nation fehlt. Damit aber das zustandekommt und einen Arbeitsplatz sicher macht, muss er auf das verzichten, von dem er ohnehin zu wenig hat, den Lohn. Sodass die Menschen eine Übersetzungsleistung offeriert kriegen, die aus dem politischen Getriebe wohlbekannt ist. Jede eigene Sorge, jedes eigene Problem sollen sie sich so angelegen sein lassen, dass es dann aufgehoben ist, wenn ein Problem der Nation gelöst wird, in diesem Fall das Wachstum schafft. Bloß das schafft eben die Sorgen der Leute, weil dafür müssen sie auf ihr Geld zunächst einmal verzichten. Insofern ist bleibende Unzufriedenheit auch in der Leserschaft unterstellt und diese bleibende Unzufriedenheit mit staatlichen Werken, egal ob die sich beim Leser von Haus aus rührt oder ob sie überhaupt erst von der Presse geschürt wird, die bekommt ein Angebot. Wenn nämlich die Presse mit den vorhin skizzierten Prinzipien das staatliche Tun schlecht macht - der ist unfähig, jener ist unglaubwürdig -, dann lässt sie nur einen einzigen Modus von Kritik zu: alles, was aus den Taten des Staates folgt, soll aus der Unfähigkeit der Täter herrühren. Das aber ist dasselbe wie die praktische Unzuständigkeit der Leserschaft zu behauptet, zu verankern. Weil wenn es die Unfähigkeit oder Unglaubwürdigkeit der politischen Täter ist, woran alles krankt, dann ist die einzige Lösung dafür der Austausch von Führungspersonal: Wahlen.

Affirmativ, für den Staat nützlich, eine Denk- und Schreibweise, die die Menschen auf dieses staatliche System verpflichtet, ist die Presse also nicht nur in der Hinsicht, dass sie staatliche Beschlüsse wie ein Stück unhintergebarter Realität präsentiert - das waren meine Ausführungen zum Kapitel Nachrichten. Auch und gerade da, wo sie kritisch wird, mündet die Kritik in dieselbe Loyalität, weil sie ja nur die Unfähigkeit des politischen Personals als möglichen Grund der Unzufriedenheit in Betracht zieht, insofern Auswechseln von Führungspersonen als einzigen Ausweg dem Leser geistig vor Augen führt. Das ist nicht er, der da zuständig ist, das sind die anderen, die Obrigen, gewechselt werden müssen sie. Das ist überhaupt das Grundärgernis an dieser Presse, finde ich. Nicht nur, dass ihre Artikel nicht auf das Begreifen der Sache zielen, schon gar nicht zielen sie darauf das Begreifen fürs Eingreifen den Leuten zu offerieren. Wenn sowas mal gemacht wird, haben verantwortungsbewusste Journalisten dafür ein Schimpfwort, das heißt „Kampfpresse“. Es gab mal Zeiten, so DKP, UZ - wir hatten auch mal eine kleine bescheidene Zeitung, aber die ist nie soweit herangewachsen, dass sie sich diesen Ruf zugezogen hat -, die wurden beschimpft als Kampfpresse. Wovon zeugt das? Das zeugt davon, dass ein Journalist bei einem anderen Organ heraushört, die wollen nicht bloß ihre Meinung unter die Leute bringen, die wollen nicht bloß, dass die Leute diese Meinung übernehmen, sondern die wollen auch noch, dass diese Leute mit dieser neuen Meinung für ihre eigene Sache aktiv werden, sich also mit Instanzen, die sie für Übeltäter oder

Gründe ihrer Unzufriedenheit halten, anlegen. Das ist Kampfpresse. Also kann man rückwärts daraus destillieren, was verantwortliche Presse ist: den Leuten nämlich die praktische Unzuständigkeit und die theoretische Inkompetenz, in der sie tatsächlich stehen, zu reproduzieren - und das auch noch täglich. Weil das sind sie ja ohnehin schon, der normale Mensch weiß ja nicht wie, was weiß ich der DAX oder Nemax funktioniert. Der ist auch nicht zuständig die Haushaltsgelder zu verteilen auf Soziales, Sport und Rüstung. In diesem Verhältnis steht die Leserschaft ohnehin praktisch unzuständig, theoretisch inkompetent, eben dies reproduziert eine Zeitung täglich. Nicht, weil ich die Leser für dumm halte, will ich das sagen, sondern weil ich es empörend finde, was eine Zeitung mit Millionenaufgabe den Menschen als Aufklärung präsentiert zum Thema Wachstum, ohne dass irgendwer darüber herfällt. Die Bild-Zeitung zum Thema Wachstum: also das Wachstum sackt weiter durch, es sollen dieses Jahr nur noch 0,75 % werden. Ja gut, über Wachstum lässt sich viel sagen, es lässt sich auch viel fragen, die Zeitungen sagen: der Automarkt ist überfüllt, die Autos lassen sich gar nicht mehr verkaufen, es wird immer mehr mit immer weniger Leuten hergestellt, vier Millionen sind arbeitslos. Wieso braucht man davon mehr? Das wäre jetzt erst mal eine ganz arglose Frage, warum davon eigentlich mehr? Die können ja jetzt schon ihren Kram nicht verkaufen und damit der verkäuflich wird, rationalisieren sie und lassen noch mehr Leute in die Arbeitslosigkeit gehen. Das wären einfach mal Fragen, so Denkansätze, damit hält sich die Zeitung gar nicht groß auf. Die sagt: „0,75 % Wachstum, das ist skandalös, warum? Machen Sie doch mal einen Gewichtstest. Nehmen Sie einen einzigen kleinen roten Cent, 2,3 Gramm, in die linke Hand, in die rechte Hand tun Sie 40 funkelneue Eurostücke je 7,5 Gramm. Was Sie links spüren,“ also da, wo dieser kleine Cent liegt, „das sind ca. 0,75 % von dem, was sie rechts halten, also nichts.“ Ja, bei „also nicht“ jaulen jetzt die Mathematiker im Saal auf. Das unterstellt, dass natürlich alle Welt auf dem Standpunkt bereits steht: das Wachstum muss sein wegen der Arbeitsplätze. Aber dass Leuten nicht die Schamesröte ins Gesicht tritt, so den Beweis anzutreten, dass es mehr Wachstum braucht, weil wenn es nicht mehr wird, wäre es so wenig, dass man es nicht spürt. Also, das war ein kleines Belegstück dafür, dass so jedenfalls nicht nur die praktische Unzuständigkeit der Menschheit nicht überwunden wird, und auch gar nicht überwunden sein soll, sondern die theoretische Inkompetenz in der Frage: „Worum geht es in der Wirtschaft, was ist Wachstum?“ auch nicht abgestreift werden sollen. Dafür bieten Zeitungen allerdings, um auch mal das Positive zu erwähnen, reichlich Entschädigung.

Sparten und Formate

Die Entschädigung besteht darin, dass den Menschen durch eigene Sparten in den Zeitungen, durch Formate sagt man bei den anderen Medien, TV und Rundfunk, der falsche Eindruck vermittelt, dass die Leserschaft in all ihrer praktischen Unzuständigkeit und theoretischen Inkompetenz wenigstens ideell und geistig der Herr des Verfahrens ist. Es wird in den Medien die Fiktion betreut und gepflegt, dass die Politik so etwas wie eine allgemeine Beratschlagung zur Findung von Entscheidungen ist. Politik wird präsentiert wie Diskussionsrunden, in denen sieben Streithähne aus zwölf Ländern am Ende zu einem Konsens finden und der kleine Mann, der ja in die Vorstandsetagen einer deutschen Bank oder in die Kabinettsitzungen nicht vorgelassen wird, der ist tatsächlich in die Beratung eingeschaltet, eben über die Presse als Zeitungsleser oder über das Fernsehen als Zuschauer. Da werden solche Rubriken gepflegt wie: „Journalisten fragen - Politiker antworten“. „Ist die Bundeswehr unterfinanziert?“ Ihr erratet die Antwort. Aber der Modus dieser Sendung ist nicht so, dass die in dieser Woche diese Abteilung der Gesellschaft

behandeln, die so ihre Sorgen und Nöte hat - die Bundeswehr, der fehlt es an Finanzen - und in der nächsten Woche mal die andere: „Sind die Arbeiter unterfinanziert?“ vermisst man dort als Thema. Stattdessen gibt es da Themen, die stellen noch diese alte Satire von Floh de Cologne von vor 30 Jahren in den Schatten. Die haben damals bei den ewigen Eiereien über Lohnrunden ihren Schlager in die Welt gesetzt: „Wir haben euch die Preise erhöht, wir haben euch die Mieten erhöht, wir haben euch die Steuern erhöht. Wir haben euch alles, alles, alles erhöht. Aber jetzt auch noch die Löhne?“ Das war damals eine Tarifszenarie, wo es noch um Lohnerhöhungen ging. Heute kommen Politiker in die Sendung „Journalisten fragen - Politiker antworten“, die werden gleich mit der Frage konfrontiert: Wann schaffen sie endlich ihren Niedriglohnsektor? Da geht es nicht um das Maß der Erhöhung der Löhne, sondern um ein politisches Verfahren zu ihrer generellen Absenkung. Bei Christiansen werden Talkshows veranstaltet zu dem Thema Bundeswehr nach Afghanistan, ja oder nein? Da gibt es ein Dafür und Dawider. Reicht die Ausrüstung oder muss erst die Reform beendet sein? Ist - auch so ein Schlag kommt vor - eigentlich der Kampfeinsatz mit sowas wie Pazifismus und Friedensmissionen verträglich oder nicht? Vereinzelt gibt es noch solche Stimmungen im Volk, dann wird Angelika Beer zitiert und es stellt sich heraus, selbst das ist verträglich, es wird ja nicht mehr bombardiert in Kabul, sondern hinterher gibt es eine rot-grüne Mülltrennung, dann ist das absolut fortschrittlich zu sehen. Was es aber nicht gibt - obwohl solche Sendungen den Eindruck streuen: hier wird beratschlagt über Politik und ihre Maßnahmen -, hinterher gibt es nicht eine Abstimmung, obwohl mit diesem TED-Verfahren mittlerweile jeder Grand Prix entschieden werden kann. Die fragen aber hinterher nicht: Und was machen wir jetzt, gehen wir jetzt nach Afghanistan oder nicht? Wird die Bundeswehr finanziert oder bleibt sie unterfinanziert und dafür finanzieren wir die Arbeiter? In den Sozialkundebüchern hat man ja lernen müssen, dass das eigentlich das Ideal der Demokratie wäre, so das Volk zur Abstimmung zu bitten, dass das aber daran scheitert, dass es keine ausreichend großen Marktplätze gibt. Jetzt gibt es aber das digitale Verfahren, das wird aber gar nicht genutzt außer für die Zuschauerrückmeldung, die dann die Christiansen anbietet, die man im Chatroom entsorgen lassen kann - das ist die digitale Fassung des Papierkorbs. Da kann man dann seine Meinung rüberschicken, wenn man hinterher seinen Computer anschaltet. Also bietet das Zeitungswesen wie das Fernsehen den Menschen ein Verfahren, das sie in einer Welt der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze beheimatet, eben dadurch, dass ihnen über dieses Angebot der Medien der Eindruck vermittelt wird, dass sie nicht nur über alles informiert und unterrichtet werden, sondern auch in eine allgemeine Beratung dessen, was zu tun und zu lassen sei, eingeschaltet sind. Und dass ihnen keine Sphäre verborgen bleibt, die nicht zur Beratschlagen auf dem Bildschirm gekommen ist, dafür sorgen dann noch „Hintergrundberichte“ in der Presse, die im Unterschied zu den Vordergrundberichten den Leser endgültig ins Bild setzt. Und wenn das lange genug so zugeht, dann ist der Leser auf dem Laufenden und hat nicht nur alles zur Kenntnis genommen, was die beschließen, sondern er empfindet offenbar die zeitliche Nähe zu den Ereignissen als Gradmesser der Vertrautheit mit ihnen. „Auf dem Laufenden sein“ finden alle Zeitungsleser besser als auf dem Mond zu leben. Man ist drin, man gehört dazu, man wird ins Bild gesetzt. Das ist sowas wie die geistige Einhausung in eine Nation, in der das Gros der Leserschaft nur als Manövriermasse vorkommt. Diese geistige Einhausung hat in der Politik ihr herausragendes Material, aber eben auch nur eines, eine Zeitung ist ja dicker als die ersten sieben Politseiten.

Verbrechen

Sie hat auch weitere Sparten, zum Beispiel fehlt in keiner Zeitung die Abteilung: Die lieben Mitbürger und das böse Verbrechen. Leute, die sich angewöhnt haben die staatliche Ordnung, die Gesetze, die Anstandsregeln als Grundlage zu akzeptieren, auf der sie ihren Nutzen verfolgen im Berufsleben und sonst wo, die scheitern bisweilen bei ihren Erfolgen und machen sich dafür einen verkehrten Reim zurecht. Es ist verbreitet zu meinen, dass, wenn man das staatliche Regel- und Ordnungswerk, die Benimmregeln beherzigt, sich durchaus herausstellen könnte, was man bezweckt, der eigene Erfolg, gäbe es da nicht Zeitgenossen, die gegen dieses Regelwerk verstoßen und sich auf unlautere Weise ihren Vorteil verschaffen, entweder weil sie die Steuer oder das Sozialamt betrügen oder weil sie gleich bei den Nachbarn einsteigen und stehlen. Klar, dass so ein Mensch die Tageszeitung danach durchforstet wie die Aufklärungsquote bei den Taschendiebstählen im Moment in Bremen ist, wie es mit der harten Kriminalität steht, das muss einfach sein schon zur Befriedigung des eigenen Gemüts. Denn Verbrechen lohnen sich ja nicht, so denken diese Leute. „Verbrechen lohnen sich nicht.“ - das ist eine interessante Auskunft, die man da als Optik des Zeitungslesers findet. Das ist ein Seufzer von Leuten, die mit ihrem eigenen Erfolg in ihrer Lage nicht sehr zufrieden sind, zumindest hat es sie selber mal auf den Gedanken geführt, ob man nicht mal ein wenig abseits der Regeln sein Glück versuchen sollte, ob man es nicht mal mit einem Verbrechen probieren könnte. Wer sagt: „Verbrechen lohnt sich nicht.“, hat den Gedanken erst gehabt und dann verworfen, nämlich mit dem Argument: es lohnt sich nicht. Das bringt einen gewissen Nachteil für das moralische Empfinden mit sich, solche Menschen sagen sich nämlich ab dann: „Der Ehrliche ist der Dumme.“ Der Ehrliche ist der Dumme, weil den Erfolgsweg, mit dem er geliebäugelt hatte, den hat er ausgeschlagen, aber seinen Erfolg immer noch nicht - jetzt ist der Ehrliche der Dumme. Das ist gewissermaßen die gemütsmäßige Triebkraft, danach zu verlangen, dass die, die da über die Stränge schlagen und seinen Ausritt gewagt haben, den er verworfen hat, gefälligst hart bestraft werden. Weil dann kann er sich zumindest das sagen und die Zeitung befriedigt zusammenklappen: „Ehrlich währt am längsten.“ Da hat er immer noch keinen Vorteil, aber er kann den Schaden, der den anderen durch die Strafe ereilt, wie einen genießen. Ist man einmal mit so einem Gemütsleben ausgerüstet, weil man sich das ganze staatliche zwangsmäßig oktroyierte Regelwerk zu Herzen genommen hat, in auch menschlich begrüßte Anstandsregeln übersetzt hat, dann steht ein Mensch auf dem Standpunkt: Egal wie es ihm geht und wo er steht, er hat ein Recht auf Ordnung und Anstand und das vor allem bei anderen.

Stars und Sternchen

Dieses Bedürfnis findet eine eigene Sparte in Zeitungs- und Medienwesen: Die ganze Prominenz, ob politisch oder sternchenmäßig, wird danach begutachtet, ob ihr Erfolg, den sie ja ausweislich ihrer großen Konten wirklich haben, einhergeht mit der Befolgung des Anstands, auf die der kleine Mann ein Recht zu haben meint. Dass Boris Becker die Steuer um 30 Millionen wirklich oder angeblich betrügt, das ist fast unverzeihlich, aber damit erschöpft sich das Interesse gar nicht, der Mann war ja auch noch in einer Besenkammer mit Folgen. Und das wirft die Frage auf, ob das die Demontage eines deutschen Vorzeige-Sportlers und Familienvaters ist - auch das sind ja respektable Werte - oder ob man das im Unterschied zu diesen 30 Millionen, die er der Steuer hinterzieht, mehr in die Abteilung des menschlich Verständlichen und Verzeihlichen einreicht, lieber schnell als gar nicht. Es gibt Fernsehkanäle – dadurch, dass man zappt, kommt man

manchmal da rein - teure Sendezeit haben die mehrere Abende lang mit der Frage geführt, ob Verona Feldbusch, diese deutsche Powerfrau, ob die von Dieter Bohlen geschlagen worden ist oder nicht. Und über diese Frage ist die gute Frau so in Tränen ausgebrochen, dass die Nation bis heute in Ungewissheit ist, ob sie echt waren oder nicht, weil wenn sie echt waren, dann wäre der reiche Dieter ein brutaler Kerl; wenn sie aber vorgetäuscht waren, dann wäre die reiche Verona eine berechnende Frau. Und das ist eine Frage, die in all ihrer Offenheit die Nation über mehrere Tage beschäftigt. Genauso wie Prinz Albrecht von Hannover. Prinz Albrecht von Hannover hat riesige Schlagzeilen dadurch gemacht - das könnte keiner von uns, macht euch das klar -, dass er gegen den türkischen Expo-Pavillon in Hannover gepinkelt hat. Das hätte bei uns vielleicht eine Ordnungsstrafen nach sich gezogen, aber bei dem ein mediales Gewitter sondergleichen, weil auch das ein Lernerfolg in sich birgt, wenn man das richtig ausarbeitet. Reiche haben den Armen natürlich viel voraus vor allem finanziell gesehen, aber den Anstand haben sie nicht gepachtet, kann man an diesem Beispiel lernen. Insofern ist es ein berichtenswertes Ereignis, weil sich damit ideel schon im Diesseits die Hierarchie von Arm und Reich umkehren lässt, sofern der Arme beherrscht seinen Hosenstall bei diesen Expo-Pavillons unter Kontrolle zu halten, hat er den Benimm diesen Leuten allemal voraus.

Sport

Auch der Sport ist eine Rubrik mit extra Beilage, die wahrscheinlich demnächst von Lothar Matthäus gecoacht wird, ist in Deutschland ein wichtiges Ereignis für den Leser. Deutschland - England haben sich neulich getrennt mit einem unschönen Ergebnis, Deutschland hat fünf zu eins verloren. Die eine Abteilung waren englische Hooligans, die haben in der ARD zum Besten gegeben: Das war schöner als der Sieg im 2. Weltkrieg; und die andere Schlagzeile kommt aus einer deutschen Tageszeitung und die hieß: „Schande für Deutschland, nicht einmal fähig zum Eigentor“, das war nicht die Bild, sondern die SZ. Und die Ursachenforschung war ganz schnell fündig: das kommt daher, dass da nur noch Weicheier mit zu üppigen Gehaltskonten auf dem Rasen unterwegs sind, denen jede Motivation fehlt, was man schon daran sieht, dass sie die deutsche Nationalhymne in ihrem Text nicht kennen. Selbst die Unterhaltung, der Sport, wird den Lesern als das unterbreitet als was er veranstaltet wird: als ein Feld auf dem die Konkurrenz von Nationen fortgesetzt wird, an einem Stoff, der nicht zum Belangvollen der Konkurrenz der Staaten gehört - Wirtschaft und Politik -, der aber auf eben ihm fortgesetzt wird. Nicht einmal bei der Unterhaltung wird der Standpunkt Nation verlassen, den der Leser hier als Wettbewerb, für den er sich entscheiden kann und zu einer Partei halten kann, verfolgen soll.

Vermischtes

Ja und so geht es dann zu, bis man auf der letzten Seite ist, bei der immer der Streit beim Frühstück ausbricht, das ist dann Vermischtes. Vermischtes, hat berichtet in der SZ, dass Queen Mum, das ist diese trinkfeste Monarchin aus England, an Weihnachten so eine Hotelbar trocken gelegt hat, sodass man sieht, das Menschliche ist auch bei den Blaublütigen beheimatet, sodass diese Monarchin echt verdient volkstümlich genannt zu werden, wobei ansonsten König nicht so ein verbreiteter Beruf ist im Volk.

Nationalismus

Also haben selbst diese so unscheinbaren Sparten doch einen parallelen Lernerfolg, eine Botschaft im Auge, nämlich die, dass oben und unten zusammengehören, dass man in

Herrschenden das Menschliche, das Gleiche entdecken kann, das verbindet; dass die Klassengesellschaft und ihre Brüder und ihre prominenten Erfolgreichen ausweislich des Anstands, den sie genauso gut pflegen wie ich oder missachten, mit mir nicht nur in einem Boot sitzen, sondern in dieselbe Richtung rudern. Diesen Nationalismus des Lesers, den pflegt eine Zeitung, aber sie erzeugt ihn nicht, der ist vorausgesetzt. Dass man sich diesen Berichten hingebungsvoll widmet, das unterstellt, dass man bereits diese Optik hat. Wenn eine Zeitung ihre Berichte mit dem Personalpronomen eröffnet: „Wir stehen vor neuen Herausforderungen 2002“, dann sind Leser unterstellt, die nicht sagen: Ich auch? - sondern es müssen welche sein, die sagen: Ja, Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, das ist unsere Herausforderung, also etwas, das auch ich - insofern ich Mitglied des nationalen Kollektivs bin - wie die meinige anerkenne, achte, respektiere, deswegen darüber informiert sein will, darüber befinden möchte. Diese nationalistische Optik, die ist überhaupt der Leitfadene, mit dem die ganze Zeitungswelt den Leser bekannt macht und einführt in die Beschlüsse der Politik, in das Leben der Reichen und sonst wie. Ein Beleg ist ganz einfach zu haben, macht mal einen Schwenk in den Urlaub, Zeitungslektüre im Ausland. Das Problem, das sich dabei auftut, ist nicht sprachlicher Natur - obwohl es auch das geben kann, wer nach Frankreich fährt und nicht Französisch spricht, der wird eben Le Monde nicht lesen -, aber die, die Französisch können und Le Monde lesen, bei denen wird man feststellen, dass da etwas nicht übereinkommt, etwas nicht stimmt. Die Zeitung eröffnet mit der Schlagzeile: Flugzeugabsturz in China, waren auch Franzosen an Bord? Der deutsche Urlauber würde sagen: Was hat die Frage auf der Titelseite verloren, die hätte doch heißen müssen: Waren auch Deutsche an Bord? Zu denen steht er aber genauso wenig, im Regelfalle, in einem privaten, freundschaftlichen Verhältnis, sodass dies die Triebfeder seiner Verstörung wäre. Es zeigt umgekehrt bloß, das hält der für die gebotene und sachgerechte Frage, weil damit das nationale Kollektiv, dem er sich zugehörig fühlt, die ganze Optik der Berichterstattung ist.

Ja und weil die Zeitungen so verfahren, eignen sie sich zu guter Letzt auch noch als Frühstücklektüre. Warum geht das eigentlich? Ich kenne kaum Leute, die zum Frühstück ein Mathematikbuch aufschlagen oder die Theorien über den Mehrwert lesen oder ähnlich schwere Kost. Die würden sich immer hinsetzen an ihren Schreibtisch und unterstreichen und Fragezeichen oder Ausrufezeichen malen. Mit der Zeitung geht das, man kann sein Ei köpfen und eine Zeitung lesen. Es kommt zunächst einmal negativ daher, dass die Zeitung den Leser nicht mit der Anstrengung des Lernens betrachtet, man lernt nicht und man muss auch nicht lernen, wenn man Zeitung liest. Es ist gar umgekehrt, den Lesern bereitet die Lektüre der Zeitung sehr oft Genuss beim Lesen. Aber nicht bloß deswegen, weil es die hintere Seite mit dem Vermischten gibt, um die meistens die Kabbeleien losgeht am Frühstückstisch, weil die Artikel da am kürzesten sind. Das kann auch schon auf den ersten Seiten so sein, und zwar deswegen, weil der Leser in eine Rolle versetzt wird durch die ganze Machart dieser Zeitung, wie wenn er so etwas wie der ideelle Platzwart wäre, der alle Figuren dieser Nation - die Wirtschaftsleute, die Politiker, die Sportler, die Prominenten - beäugt, besichtigt und mit Noten ausstaffiert. Er kann Noten vergeben. Diese Rolle: Ich stehe über den Dingen und kann die Zensuren für die Unfähigen und Unglaubwürdigen austeilen, die kann einem Leser erst einmal einen gewissen Genuss verschaffen. In manchen Zeitungen ist es eine eigene Rubrik, in der Welt zum Beispiel: Daumen hoch, mangelhaft 5. Verdruss kann sich umgekehrt auch einstellen, weil man sich in dieser Rolle entscheiden muss, ob man mehr diesen Status Schiedsrichter sein zu dürfen genießt oder ob das Ganze - Frühstück kann gefährlich werden mit Zeitung -

umkippt in den Ärger über die bössartigen Werke der anderen, die man zensieren muss. Dann haut so einer schon mal auf den Tisch und sagt: dieser blöde Versager, und die Stimmung ist verhagelt.

Gut, also dies, der Nationalismus, die Vermittlung staatlicher Werke wie ein Stück unumstößlicher Realität, ihre Kommentierung als mehr oder weniger gelungenes Werk, die Suche nach unfähigen oder unglaubwürdigen politisch Verantwortlichen - dies ist die Art wie die Presse ihren grundsätzlichen Respekt vor dem Staat und seinen Beschlüssen, vor der Nation und ihrem Inventar dokumentiert – ganz ohne Befehl, das tut sie so, wie sie nach ihrem eigenen Sittenkodex verfährt.

2. Die Medien als Instrument in Politik und Parteienkonkurrenz

Die Politik und der demokratische Idealismus des Lesers

Deswegen – zweites Kapitel: Die Medien als Instrument in Politik und Parteienkonkurrenz -, deswegen taugen diese Organe zum Transmissionsriemen der großen Politik. Es gibt eine Bundespressekonferenz, da turnen alle großen Zeitungen und ihre Journalisten an und man darf dort nicht fehlen, das ist, auch wenn man nicht hinkommandiert wird, eine Pflichtveranstaltung für die Presse. Wildbad Kreuth, 200 Ü(bertragungs)-Wagen sind sicher. Der Kanzler diktiert auf solchen Pressekonferenzen seine neuesten Vorhaben für die Blöcke dieser Journalisten, die tragen es weiter in ihre Zeitung. Der Staat hat darüber, dass die Journalisten bereitwillig diese Nachrichten unter das Volk bringen, einen Nutzen und der besteht darin, dass alle neuen Vorhaben, die in der Politik beschlossen werden, immer auch neue Ansprüche an das Gros der Bevölkerung nach sich ziehen, sodass diese Leute eingestellt werden müssen auf das, was die Politik von ihnen jetzt, hier und heute, vielleicht auch im Unterschied zu gestern, will. Entgegen dem Eindruck, den die Zeitungen gestreut haben, dass nämlich der Leser wenigstens geistig Herr der Lage ist, dass er durchblickt worum es geht, wofür er zu sein hat, ist der Leser dieser Herr der Lage nicht. Der ist dafür, aber wofür? - das entzieht sich seiner Definitionshoheit und in der Regel sogar seiner Kenntnis. Der Leser ist kein Großimporteur oder eine Ölgesellschaft, sodass er auf sich gestellt einen Reim wüsste auf die Frage: Soll Deutschland den WTO-Beitritt Chinas unterstützen oder nicht? Der Leser ist kein Außenpolitiker: Soll die Türkei in die EU oder soll die Türkei - die wegen des Islams so grundsätzlich unverträglich ist mit uns - draußen bleiben? Gestern sollten die Ausländer raus, da war das Boot voll, dann sollten die Ausländer rein, weil die deutsche Hightech-Industrie, die IT-Branche, diese PC-Inder braucht. Dann kam der Terrorismus über uns, da sollen sie wieder raus, die Dunkelhäutigen. Es sind Zwecke, die Konjunkturen, ein Auf und Ab haben, und von keinem könnte man sagen hat der Leser das Bewusstsein, er kennt sie, er weiß sie und er sagt, wann welche fällig sind. Er ist nicht das Vollzugsorgan dieser Zwecke, deswegen hat er kein Urteil über sie: Machen wir sie so oder anders oder lassen wir sie? Er ist die Manövriermasse davon, er hat sich darauf einzustellen. Und so kommt es, dass Leute, die bis gestern nicht wussten, wo Osttimor liegt oder wie man Afghanistan schreibt, jetzt dafür sind, dass deutsche Soldaten in Osttimor und in Afghanistan für Ordnung sorgen. Das ist so etwas wie die Nutzung der Presse als Lenkungsinstrument der Massen. Die Massen werden auf neue Zwecke der Politik eingestellt, damit sie sich damit arrangieren können und die dafür fälligen Leistungen - im Extremfall nach Afghanistan zu gehen – erbringen. Das funktioniert. Ich weiß nicht, wer den Begriff Spaßgesellschaft erfunden hat, aber ich weiß wer ihn verboten hat: die Bild-Zeitung. Die hat gesagt: Jetzt ist Schluss mit der Spaßgesellschaft - so als hätten wir gestern in einer großen Partygesellschaft gelebt -,

jetzt sollen die Deutschen lernen, dass man für Einsätze auswärts ins Feld geht, den Kopf hält und ähnliche martialische Ausdrücke fallen.

Stichwort „Manipulation“

Diese Lenkung funktioniert, Arbeiter orientieren sich - das muss ich jetzt zu meinem großen Ärger anerkennen -, Arbeiter orientieren sich an Bild, nicht am Gegenstandspunkt. Warum funktioniert das? Warum kann man das so machen? Es gibt dazu eine Auffassung, eine verkehrte, die meint, dass wenn so etwas vorläge, überhaupt nur Manipulation als Grund in Betracht kommt. Diese Auffassung war einmal historisch sehr im Schwange, als nämlich die 68er-Studenten demonstriert haben, die waren gegen die faschistischen Machenschaften der neuen Demokratie, die waren gegen den Vietnamkrieg und sie waren vor allen Dingen der Auffassung, die Arbeiter hätten doch gewisse Gründe sich ihrem Protest anzuschließen. Und dann haben sie sich auf die Schienen bei Springer gesetzt, um die Bild-Zeitung an der Auslieferung zu verhindern und sind von den Arbeitern verdröselt worden. Und ihre Auffassung war damals: Wie kann das sein, dass die Arbeiter - die doch auch zu den Ausgebeuteten, zu den Unterdrückten, zu den Benutzten gehören -, wie kann das sein, dass die nicht mitmachen bei unserem Protest gegen dieses System? Und ihre Lösung war: Das kann eigentlich nur daher kommen, dass ihnen Sand in die Augen gestreut wird, dass sie manipuliert werden. Und das Organ, von dem sie sicher waren, das für die Manipulation verantwortlich ist, es war die Blöd-Zeitung, die Bild-Zeitung, die haben sie boykottiert. Die Idee, die hinter dieser Erklärung steckt, besagt in etwa, dass die Manipulation des Gegenübers darüber gelingt, dass man ihm Gedanken eintrichtert, ihn dadurch für sich und seinen Standpunkt beschlagnahmt, ihn gleichschaltet, indem man für seine eigenen Gedanken und Argumente eine geschickte Verpackung wählt, zum Beispiel die Artikel mit Nacktfotos garniert, das war eine Auffassung, vielleicht auch darüber, dass man penetrant wiederholt. Dagegen lässt sich vieles einwenden, z.B. die Erfahrung, die Marxistische Gruppe hat eine andere Erfahrung gemacht, wir haben uns auch wiederholt. So geht es eben gar nicht. Gäbe es nämlich Manipulationen, dann wäre ihre Enthüllung unmöglich; gäbe es sie, könnte man nicht auf sie zeigen. Wenn ein Mensch seinen Hirnkasten durchwühlt wie einen Karteikasten und sagt: Gedanke 1 bis 17, das ist meiner, Gedanke 18, 19, 20, das ist manipuliert - dann unterstellt es ein Unterscheidungsvermögen zwischen dem Gedanken, den ich als den meinigen, von mir eingesehenen habe, und einem anmanipulierten Fälscherstück. Wenn aber das Unterscheidungsvermögen funktioniert und der Mensch denkt, dann kann er auch den Gedanken, der ihm von mir aus in der Absicht der Manipulation angetragen wird, durchdenken, also akzeptieren oder auch verwerfen. Es ist ein Unding zu meinen - das ist das Ideal aller Manipulation -, dass man den Verstand unter Umgehung seiner selbst auf Gedanken festlegen könnte, weil jedes Argument eine Ansprache an den Verstand ist und insofern ist eine Ansprache an ihn ist, denkt er. Wer denkt, kann aber ja oder nein sagen. Darauf beruht also die Lenkungswirkung sicher nicht. Dass sie zustandekommt steht außer Frage. Der Grund ist der Nationalismus der Leserschaft. Das ist die Bastion, das ist die Substanz, dessentwegen das klappt. Wer denkt: Auf meine Führer höre ich, weil es meine Führer sind, der ist durch eine Presse zu beeindrucken, in der - das war Kapitel 1 - die Führer dieser Nation, das politisch verantwortliche Personal die Richtlinien runterdekliniert. Dass ein solcher Gedanke die Menschheit beseelt, das entspricht dem Modus der Demokratie. Wenn gewählt wird, also die Führer in Kraft gesetzt werden, auf deren Wort der Leser hört, dann erteilt er seine Zustimmung nicht zu bestimmten Vorhaben, ein Wähler erteilt nicht seine Zustimmung für hundert neue Autobahnkilometer

oder drei neue Atommeiler oder die Abschaffung der Legehennenbatterien, sondern er teilt seine Zustimmung zu einer Herrschaft, dass regiert werden soll, dem stimmt er zu. Er gibt nicht Absichten in Auftrag, sondern er gibt seinen Willen an andere, die über ihn regieren. Und weil das so ist, ist das folgerichtig, dass dieser Wille geführt wird, dass der, den er zum Regieren beauftragt, ihm sagt, was er zu tun hat. Insofern finden die das nicht verwunderlich, wenn die großen Politiker in den großen Zeitungen das große Wort schwingen und sagen: Folgendes ist jetzt fällig, genau dafür hat er sie nämlich gewählt: geführt zu werden. Das weiß ja auch der Stoiber sofort, wenn er Kandidat wird. Woran fehlt es? - an Führung, danach verlangt der Wähler. Insofern sind die Medien wirklich, was ich in der Einleitung mehr zart andeutend gesagt habe, ein Instrument des Zugriffs des Staates auf die Köpfe der Massen zwecks Lenkung.

Stichwort „Vierte Gewalt“

Eine solche Aussage klingt für manche Ohren deswegen unglaublich, weil ja die Zerwürfnisse zwischen Journalismus und Politik auch unübersehbar sind. Es hat sich ja einmal die Presse heftig angelegt mit den schwarzen Kassen der CDU. Da gibt es sicher Journalisten und CDU-Politiker, die sich bis heute nicht mehr in die Augen schauen. Das alles gibt es und der Grund dafür liegt darin, dass diese Presse sich versteht als ein über den Instanzen etabliertes Kontroll- und Richterorgan, das die Politik auf die Tauglichkeit ihrer Maßnahmen überprüft. Insofern liegt in diesem Standpunkt immer die Möglichkeit der Entzweiung. Wer sagt als Presse und Journalist: Ich bin nicht einfach die Werbetrommel für die Schröder-Regierung oder die Stoiber-Regierung, sondern ich prüfe den Erfolg des Sparprogramms, die Glaubwürdigkeit der Bundesreform und so fort. Der hat damit eben gesagt, dass er Gründe für Zustimmung weiß, die aber auch entzogen werden können, wenn sie nicht vorliegen. Insofern liegt da erst mal abstrakt immer im Prüfungsverfahren der Presse die Möglichkeit der Entzweiung. Was ist denn, wenn es sich entzweit? Was ist denn dann von dem Ruf „Vierte Gewalt“ zu halten? Nicht übermäßig viel. Es hat noch nie eine Zeitung gegeben, die ein Verbot gegen eine Regierung ausgesprochen hat, das Umgekehrte aber, dass eine Regierung eine Zeitung verbietet, kam sehr wohl vor. Solange die Machtverhältnisse in einem Staat entschieden sind, ist auch das nicht von übermäßiger Reichweite, was die Presse sich als Vierte Gewalt zurechnet. Und sie hat ja auch mal in Deutschland, in dem gesitteten, einmal zu spüren gekriegt, 1962 bei der Spiegel-Affäre, da war mal kurzzeitig die Berichterstattung nicht nach dem Geschmack von Strauß und Adenauer, und dann wurde der Spiegel besetzt und Augstein verhaftet wegen Landesverrats. Das gab es mal, es ist eine Historie. Heute ist das alles gesitteter, weil wenn einem Wickert dieser Bin Laden-Bush-Vergleich herausrutscht, dann wird sich nur einmal geräuspert und der Mann hat sich entschuldigt.

Konkurrenz der Parteien

Dennoch, wenn Kritiken, die nach dieser Betrachtungsweise der Presse immer drin sind, in die Öffentlichkeit gestreut werden, dann haben sie unabhängig davon inwieweit die Presse gegen den Regierungsapparat über Durchsetzungsmöglichkeiten verfügt, dennoch ihr Gewicht. Und zwar deswegen, weil es ihnen von einer anderen Seite her wächst, dieses Gewicht, und diese Seite, die dem Gewicht verschafft, ist die Konkurrenz der bürgerlichen Parteien. Es gibt eben nicht einfach den Staat als eine uniforme Macht, sondern der wird von regierenden Parteien ausgeübt, und Konkurrenten stehen als Opposition im Startloch. Und wenn die in der Presse eine saftige Kritik hören können, warum ein Politiker, der Minister ist oder Regierungschef ist, unfähig ist, weil er die

Arbeitslosigkeit nicht wegschafft oder weil er die Bundeswehr nicht korrekt finanziert, dann ist das die Wahlkampfmunition, mit der diese Parteien sich selber an die Macht bringen, weil sie nämlich nach genau den Kriterien, mit denen die Presse ihre Kritik bestreitet, ihre Wahlkonkurrenz organisiert haben. Die Parteienkonkurrenz müsste sich den Modus der Pressekritik erfinden, wenn es das nicht bereits gäbe. Um was dreht sich der Wahlkampf, der jetzt entbrannt ist? Stoiber sagt, er macht einen Kompetenz-Wahlkampf. Was kündigt der Mann an? - dass er sich an solchen Fragen messen will mit Schröder: Führungskraft? Glaubwürdigkeit? Kompetenz? Intakte Familie? - und was so dazugehört. Und die Bild-Zeitung dekliniert es gleich vor und sagt: Der entspricht diesen Kriterien viel besser, Stoiber ist ein Aktenfresser, ein Eisenfresser, seit 30 Jahren verheiratet. Also wenn das die Waffen sind, mit denen die bürgerlichen Köpfe dem Publikum ihre Konkurrenz um die Macht zur Entscheidung vorlegen, dann sind das auch zugleich die Stellen, an denen sie empfindlich zu treffen sind. Solche Aussagen von Stoiber: kompetent, durchsetzungsstark, aber auch weiße Weste, seit 30 Jahren verheiratet - sowas, das stachelt todsicher nicht nur die SPD-Konkurrenz, sondern auch die Journalisten, die dem gewogen sind, dazu an, einmal nachzuforschen, ob dieser Mann nicht doch fremdgegangen ist, die Steuer hinterzogen hat. Neulich waren wir in München und da war so ein launiger Taxifahrer, den habe ich gefragt wie er sich im Land der Schwarzgeld-Kassen fühlt, da hat er gesagt: Bestens, bei uns wird alles ganz offen gemacht, Stoiber hat neulich für 400.000 Mark in bar ein Eigenheim erworben. Klar, dass wenn das als Maßstab ausgegeben wird von den Parteien, jede Enttarnung eines Fehltritts auf diesem Gebiet dazu führen kann, dass eine Ministerkarriere beendet wird, dass ein Kanzler mit seiner Regierung abschifft oder der Konkurrent ins Amt vordringt. Und weil das dafür ein so eminentes Gewicht hat und die Presse auf diesem Feld auch wirklich ihre Erfolge zeigen kann - sie hat manchen zu Fall gebracht und manchen in den Sattel verholfen -, ist auch dieses Feld noch reglementiert. Das ist interessant zu lesen, neulich gab es eine erhellende Mitteilung in der SZ anlässlich eines Versprechers von Scharping, der angeblich Aufmarschpläne in Bezug auf den Somalia-Einsatz bekannt gegeben haben soll, der an anderer Stelle schon mal Aufmarschrouten auf dem Balkan in Mazedonien ausgeplaudert haben soll, die unter Geheimhaltung liegen. Dazu gab es folgende erhellende Mitteilung:

„In Gesprächen deutscher Journalisten mit deutschen Politikern wird gewöhnlich nach den Regeln der Bundespressekonferenz verfahren, dem Zusammenschluss der Parlamentskorrespondenten in Berlin. §17 der Satzung unterscheidet „Mitteilungen unter 1, zu beliebiger Verwendung; unter 2, zur Verwertung ohne Quelle und ohne Nennung des Auskunftgebenden; unter 3, vertraulich“. Dementsprechend erkennt der Zeitungsleser Äußerungen Unter 1 an der namentlichen Nennung der Quelle. Der Status Unter 2 verbirgt sich hinter Formulierungen wie „Regierungskreise“, „im Umfeld des Vorsitzenden“ oder „im Finanzministerium hieß es...“.

Die Vertraulichkeit des Status Unter 3 ist in der Realität zur Ermessenssache geworden. Für Journalisten verbergen sich dahinter oft die interessantesten Informationen. Und auch Politiker sagen gerne Dinge unter 3, die sie auf jeden Fall in der Zeitung lesen wollen. Wer ernsthaft „vertraulich“ meint, macht dies inzwischen meist in anderen Worten deutlich, zum Beispiel: „Das schreiben Sie bitte wirklich nicht.“, (SZ vom 21.12.2001)

Es gibt also ein Regelwerk selbst dafür noch, dass die Presseorgane als Instrument der Parteienkonkurrenz benutzt werden. Was sagt dieses Regelwerk eigentlich, unter 1, unter 2? Nehmen wir das unter 3: Einer gibt eine Information bekannt und sagt: Aber sie sagen

auf keinen Fall, von wem sie ist. Die Presse hat eine Vereinbarung darüber getroffen, dass sie sich an sowas hält. Wie kalkulieren die? Die kalkulieren zum Beispiel so: Wenn der Müntefering mitteilen will, dass der gut gesittete Ehemann Stoiber vielleicht doch ein Verhältnis hat oder schwul ist, dann muss er das unter 3 machen. Weil würde die Presse sagen: „Stoiber ist schwul, Müntefering hat es gesagt.“, dann wäre die Wirkung der Botschaft deswegen schon mindestens zur Hälfte in sich zusammengebrochen, weil mit der Benennung der Quelle auch deren Absicht offenbar wäre. Und Politiker kalkulieren tatsächlich so, deswegen gibt es das merkwürdige Verfahren, dass sie sich selber outen bevor sie geoutet werden. Zum Beispiel des Schwulen habe ich nur deswegen gegriffen, weil der Wowereit in Berlin so verfahren ist, dass er vor dem Wahlkampf sagen musste: Ich habe da gewisse Neigungen - das tut er in dem Bewusstsein, dass das nicht mehr zum Bestand des Geächteten gehört, sondern zum halb Geächteten. Er will den Mitteilungen unter 3 schon den Wind aus den Segeln nehmen, indem er sich selber dazu bekennt. Ja und von dieser Art sind die Scharmützel, die in der Presse ablaufen und wofür sie instrumentalisiert wird. Dazu gehört dieser CSU-Spenden-Rohrkrepierer von vor vier Wochen. Alle Welt hat es gesagt: Warum kommt jetzt, wo vermutlich Stoiber zum Kanzlerkandidaten nominiert wird, eine große Stern-Nummer heraus mit der Schlagzeile: Die CSU: Spendenbetrüger. Ja alle Welt hat gesagt, das ist natürlich Wahlkampf, das war unter 3, die Quelle war Müntefering, aber das sagt er ja nicht. Also ist klar, auf dieser Grundlage des Zusammenspiels bildet sich das ganz persönliche Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern heraus. Das ist nämlich sehr ambivalent. Man muss mal in die Tagesthemen gucken und die randständigen Bilder anschauen, wie diese Journalisten behandelt werden. Mal sieht man sie auch auf Hochglanzfotos als Schröders Lieblinge, sie dürfen in der Kanzlermaschine mitfahren; mal sind sie die lästige Meute, die man im Regen stehen lässt, da wird der Wagen noch so zugeknallt, dass das Mikrofon einen Knick abkriegt. Solche Szenen gibt es und das ist klar, dass sich das auf dieser Grundlage herstellen muss. Politiker brauchen Journalisten. Natürlich, man muss eine Telefonnummer haben, wenn man einen Spatenstich für das neue Klinikum machen will und ein Blitzlichtgewitter braucht. Man muss wissen, wo man anruft. Umgekehrt Journalisten brauchen Politiker, das sind ja die Stofflieferanten und wenn man als erstes den Stoff bekommt, ist man vielleicht der Pressekonkurrenz eine Nasenlänge voraus. Und das Problem ist dabei, dass Vertrauen und Misstrauen immer Hand in Hand gehen. Man weiß eben nicht, ob das, was man dem guten Mann soeben ganz im Vertrauen sagt, morgen nicht schon eine Schlagzeile sein kann, die er veröffentlicht, um für die Konkurrenz zu punkten. Deswegen muss Vertrauen wachsen bevor man ein Kohl-Biograf wird oder Graf Nayhauß heißt. Also beide Attribute eignen der Presse, dass sie ein Instrument des Staates zur Lenkung der Massen ist ebenso wie das, dass sie eine wichtige Rolle, ein Mittel ist in der Konkurrenz der Parteien um die Besetzung dieser Machtpositionen. Und weil sie für diese beiden staatsnützlichen Funktionen vorgesehen ist, deswegen wird auch beides mit einer staatlichen Regelung bedacht, nicht nur im ganz Grundsätzlichen, dass die Presse an die Treue zur Verfassung gebunden ist und nicht über die Stränge schlägt – Ermahnungen, die sich heutzutage erübrigt haben -, sondern auch im Besonderen so, dass die Parteien sich den Einfluss auf die Medien - je nach ihrem Gewicht, das sie haben ausweislich ihres Wahlerfolgs -, die sie für wichtig und entscheidend halten, einteilen. Dann gibt es einen Parteienproporz, Rundfunkräte sind so besetzt wie die Parteien Gewicht haben in den Bundesländern. Bei Wahlen geht der Parteienstreit los wer wie viele Sendeminuten hat. Das, dass die Presse ein Instrument einer in sich gefestigten, durchgesetzten Staatsmacht ist und dass die Streitereien sich

beschränken auf das Proporz-Gerangel der Parteien, die um diese Macht konkurrieren - das ist der Grund dafür, dass bei uns das Bild so gesittet ausfällt, dass keine großkalibrigen Ordnungsrufe seitens der Politik an die Presse ergehen, so wie das im Ausland, mit dem ich heute Abend begonnen habe, merklich ist. Dort sind die Staatswesen noch gar keine gefestigten, mit einem durchgesetzten Gewaltmonopol und einer einheitlichen Rason und Linie. Da gibt es einen Konkurrenzkampf der Partei von einem Klaus in Tschechien gegen eine andere Fraktion, das ist in diesem Fall sogar der Staatspräsident, die streiten gegeneinander anlässlich der Frage: Was macht man für den Transformationsprozess in die EU? Und da ist die eine Seite, der Zemans und seine Konsorten, der Auffassung, das Volk muss die Opfer bringen, das Kritikastertum muss tot getreten werden, kleine Parteien sollen keinen Zugang zu den Sendern erhalten – die haben kritischen Zulauf –, also werden die Sendeanstalten gesäubert. Dagegen gibt es die andere Auffassung von einem Havel, der sagt: Nein, wenn man diese Stimmung in der Bevölkerung sich selbst überlässt, dann ist das ein Sprengsatz in der Nation, das gehört gepflegt, dafür muss auch eine Sendezeit reserviert werden. Die sind sich uneins und deswegen sind die Presseorgane dort noch nicht Instrument in einem gemeinsam getragenen Machtkampf von oben gegen unten, sondern sie sind Organ in einem Machtkampf wo oben gegen oben streitet. Das ist der ganze Grund dafür, warum an diesen Staaten etwas bemerklich wird, was man in Bezug auf die hiesigen Verhältnisse nie zugeben würde. Na klar sieht man am Einsetzen und Absetzen von Generalintendanten und Chefredakteuren, dass die nach der Pfeife der Großen tanzen sollen. Ist der Laden einmal gesetzt und fertig und reif und etabliert, dann ist es für einen unsrigen Journalisten das Selbstverständlichste von der Welt, dass er die hier durchgesetzte Staatsräson, Demokratie und Marktwirtschaft, für den Inbegriff seines Sorgeobjektes hält. Das ist es, was er akzeptiert und wofür er schreibt. Und wenn man einen letzten Beweis dafür haben will, dass das so ist, dann muss man sich anschauen, inwiefern die Forderung nach Pressefreiheit von jedem hierzulande begriffen wird: wie ein einziges Zersetzungsinstrument außen. Schaut in die GUS-Staaten, schaut nach Tschechien, wohin auch immer, dass dort Pressefreiheit her muss sagt jeder, weiß jeder. Was wollen denn die? Wollen die, dass auch dort in Tschechien oder in Russland oder in Weißrussland eine Presse etabliert wird, die dem dortigen Regime so viel Freude macht wie die hiesige Presse dem hiesigen? Wollen die ein Imitat der Staatstreue von hier? Das wollen sie doch gar nicht, sondern sie wollen, dass die Presse von hier, wenn sie drüben freigelassen wird, den hiesigen Standpunkt pro Marktwirtschaft und Demokratie zersetzend gegen dortige Regimes vorträgt, die noch damit beschäftigt sind, ihre Staatsmacht gegen weitere Zersetzung durch ihren wirtschaftlichen Reformprozess zu schützen; die nicht weitermachen wollen oder einhalten wollen auf diesem Weg, weil sie um ihre Staatsmacht fürchten. Dass die die Presse einfach frei lassen, dass die Presse dann einfach nach so einem Prinzip funktioniert, das glaubt hierzulande auch keiner. Weil auch in diesen Ländern Nationalisten schreiben, die ihre Nation als Sorgeobjekte haben, und deswegen gibt es Entwicklungshilfe. Newsweek heißt die Zeitung, die in Russland diese Itogi, das ist so eine Gussinski-Zeitung gegen Putin, aufmacht, die zeigen denen wie man streng zwischen Nachricht und Kommentar entscheidet, damit an Putin kein gutes Haar bleibt, er will nämlich die Staatsmacht arrondieren, erhalten, gegen ihren weiteren Zerfall. Wenn es also eines letzten Beweises bedarf, die Kumpanei von Presse und Politik betreffend, kann man bei einem ganz einfachen Belegstück Zuflucht nehmen: der Bundespresseball. Wer trifft sich denn da? Treffen sich da die vielen kleinen Leser, die Rentner, die arbeitslosen Jugendlichen, und feiern endlich mal mit ihrer Presse, die das

Tanzbein schwingen will? Nein, da liegen sich Wowereit und Christiansen in den Armen, hört man jetzt wieder seit Tagen, und die Großen sind unter sich. Ja so ist das, Pakt schlägt sich, Pakt verträgt sich, alles halb so wild, das war es.